

Rede

des Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Walter Wallmann
zur Durchführung des "Aktionsprogramms Hessen-Thüringen"

im Hessischen Landtag

am 7. Februar 1990

- Hessen leistet mehr als alle Bundesländer zusammen -

(Es gilt das gesprochene Wort!)

SPERRFRIST: 7.2.1990, 15.00 UHR (BEGINN DER REDE)

Rede des Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Walter Wallmann zur Durchführung des "Aktionsprogramms Hessen-Thüringen" im Hessischen Landtag am 7. Februar 1990
- Hessen leistet mehr als alle Bundesländer zusammen -

I.

Wir erleben in der DDR - wie in allen anderen sozialistischen Ländern - den Zusammenbruch des politischen und wirtschaftlichen Systems.

Nicht äußere Gründe oder einzelne Personen sind dafür verantwortlich, sondern der Sozialismus ist an seinen eigenen Bedingungen zugrunde gegangen. 40 Jahre Diktatur und ökonomische Fehlplanung haben das Land in den Ruin gestürzt. Die Lage der Menschen in der DDR stellt sich umso katastrophaler dar, je mehr wir darüber erfahren:

- In der Industrie wurde ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt produziert.
- Die Versorgungslage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Obwohl die Menschen über Geld verfügen, können sie nicht kaufen was sie brauchen. Die Versorgung mit dem Notwendigsten ist nicht mehr gesichert.
- Im gesamten Sozialbereich dokumentiert sich die Realität eines Systems, das seinen Verheißungen eklatant widerspricht. Es gilt offensichtlich nur der etwas, der produktiv ist. Deswegen: extrem niedrige Renten für die Alten, eine völlig marode und ungenügende Ausstattung des Gesundheitswesens, die würdelose Behandlung der Schwächsten, der Behinderten und psychisch Kranken.

Das sozialistische System in der DDR ist nicht reformierbar. Selbst SED-Politiker wie Ministerpräsident Modrow oder die Wirtschaftsministerin Luft - vor wenigen Wochen noch überzeugte Sozialisten - sehen inzwischen in der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft den einzigen Ausweg aus dem Desaster, das der Sozialismus angerichtet hat.

Eine Verbesserung der Situation der Menschen in der DDR läßt sich nur erreichen, wenn innerhalb kurzer Zeit ein klarer Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft geschaffen wird - ohne den Versuch, durch die Hintertür das alte System doch noch zu retten.

Der immense Kapitalbedarf - bis zu 1.300 Milliarden DM -, der zur Sanierung benötigt wird, kann zum größten Teil nur aus privaten Quellen in aller Welt kommen. Die DDR muß jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß private Investitionen in Thüringen, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen getätigt werden.

Die Bedingungen dafür sind:

- Freie Preise,
- Privateigentum,
- Gewerbe- und Vertragsfreiheit,
- freie Gewerkschaften und frei ausgehandelte Löhne,
- Wettbewerb,
- die Zulassung freier Berufe,
- ein gerechtes Steuersystem,
- die Aufhebung des Außenhandelsmonopols und
- feste Wechselkurse.

Diese Entscheidungen muß die DDR jetzt selbst treffen. Gesundbeterei und Sprüche helfen nicht weiter. Klare Entscheidungen, Nüchternheit und Ehrlichkeit sind erforderlich.

Der Übergang von einer maroden sozialistischen Wirtschaft in die zukunftsweisende Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft wird nicht ohne Probleme vor sich gehen. Deshalb ist es genauso wichtig, neben der politischen Erneuerung die sozialen Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft aufzubauen. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist keine kapitalistische Veranstaltung. Sie nutzt allen Menschen. Nie zuvor ist Ludwig Erhard, seine Politik des Wohlstands für alle und der sozialen Gerechtigkeit so triumphal bestätigt worden. Nie zuvor sind seine sozialdemokratischen Gegner, die mit der Sozialen Marktwirtschaft die Verelendung der breiten Massen vorhersagten, durch offenkundige Tatsachen so widerlegt worden wie in unseren Tagen. Nicht die Verstaatlichung der Banken oder Grundstoffindustrien, nicht das jugoslawische Modell, sondern die Soziale Marktwirtschaft hat Wohlstand und soziale Sicherheit geschaffen, was wir nun auch für die schikanierten und ausgebeuteten Menschen in den sozialistischen Staaten erreichen wollen.

Es ist jetzt der Vorschlag einer Währungsreform gemacht worden. Nicht nur aus wirtschafts-, sondern auch aus sozialpolitischen Überlegungen heraus verbietet sich dieser Weg. Für die Menschen, die bisher nur durch Sparen Reserven bilden konnten, würde ein brutaler Währungsschnitt eine unzumutbare Härte bedeuten. Die Folge wäre ein weiterer Anstieg der Übersiedlerzahlen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Menschen noch weiter für das Versagen eines Systems bestraft werden, das ihnen 40 Jahre lang jegliche Lebensperspektive geraubt hat.

Es besteht Einigkeit darüber, daß das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands auch zu einer Währungsunion führen muß und wird. Aber ich warne vor übereilten Schritten. Denn eine Währungsunion hilft den Menschen in der DDR nur dann, wenn die D-Mark stark bleibt. Diese Frage ist von herausragender Bedeutung für die Menschen in der DDR, bei uns und für die Stellung der Bundesrepublik in der EG. Wir müssen diese Frage deshalb sorgfältig und mit allem politischen und wirtschaftlichen Sachverstand beantworten.

Die Ungeduld der Menschen in der DDR ist verständlich. Die EG zeigt uns aber, daß eine Währungsunion nicht von heute auf morgen möglich ist. Ich befürchte: eine überhastete Währungsunion gefährdet die D-Mark. Deshalb bin ich für bedachte Schritte zur Währungsunion. Auf dem Weg dorthin müssen und werden wir in der DDR auf anderen Wegen helfen.

Hessen leistet hierbei mit seinem Aktionsprogramm einen entscheidenden Beitrag.

II.

(Anrede)

Vor acht Wochen habe ich vor diesem Hohen Haus in einer Regierungserklärung das "Aktionsprogramm Hessen-Thüringen" vorgestellt. Wir wollen damit unseren Nachbarn in Thüringen unmittelbare humanitäre Hilfe leisten. Dafür haben wir eine Viertelmilliarde DM zur Verfügung gestellt. Eine weitere Viertelmilliarde soll zur Absicherung von Investitionen als Bürgschaftsrahmen bereitgestellt werden.

Hessen hat als erstes Bundesland schnell und entschlossen gehandelt. Unser Aktionsprogramm hat ungefähr den gleichen Umfang wie die Unterstützungen aller anderen Bundesländer zusammen.

Wir haben begonnen, das Aktionsprogramm zügig umzusetzen, um schnell zu helfen.

Die Landesregierung hat deshalb sogleich nach Verabschiedung des Programms vielfältige Kontakte in Thüringen aufgenommen, um die Hilfen gezielt und effektiv einzusetzen. Dabei hat sie von Beginn an die neuen Kräfte einbezogen. Alle anderen Behauptungen, wie sie gestern von der SPD erhoben wurden, entbehren jeder Grundlage. Der von der SPD frühzeitig begonnene Wahlkampf in der DDR mag manches entschuldigen - aber nicht den fahrlässigen Umgang mit der Wahrheit. Ich bleibe deshalb bei den Tatsachen:

Bereits Ende Dezember habe ich selbst in Eisenach zwei LKW-Ladungen mit medizinischen Ausrüstungen im Wert von 176.000,-- DM und ein Ultraschallgerät im Wert von 80.000,-- DM an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Thüringen übergeben. Diese Hilfsgüter wurden von dort auf weitere Einrichtungen des Diakonischen Werks und der Caritas verteilt. Und wir haben ganz bewußt diese erste Lieferung nicht den staatlichen Stellen in Thüringen angeboten. Ich empfinde es deshalb schon als schlimme Unterstellung, wenn der Vorwurf erhoben wird, das Aktionsprogramm helfe den Menschen in Thüringen nicht.

Vertreter der Landesregierung haben am 17. Januar das Aktionsprogramm dem Runden Tisch in Erfurt vorgestellt. Es ist von allen Teilnehmern nachdrücklich begrüßt worden. Inzwischen wurde in Thüringen aufgrund von Beschlüssen des Runden Tisches und des Rates des Bezirks Erfurt ein Regionalausschuß Thüringen eingesetzt, der die Verteilung der hessischen Hilfsgüter koordinieren soll. Es ist also sichergestellt, daß Oppositionsgruppen und Reformkräfte unmittelbar an den Entscheidungen beteiligt werden. Wohl selten zuvor ist die Bewilligung von Haushaltsmitteln des Landes in dieser Form vonstatten gegangen. Der erhobene Vorwurf der CDU-Nähe bei der Verteilung der Güter ist deshalb abwegig und böswillig.

Ich habe auch kein Verständnis für die Forderung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, die Hilfen bis nach den Wahlen aufzuschieben. Gestern wiederum verlangte der Kasseler OB nach einem unbürokratischen Sofortprogramm. Soll ich daraus den Schluß ziehen: Nichts tun, das aber jedenfalls zügig?

Diese Landesregierung ist auf dem richtigen Weg:

Hilfe so schnell wie möglich und dabei die Beteiligung der neuen Kräfte in Thüringen. Nach dieser Maxime setzt die Landesregierung das Programm um.

Dabei werden die Projekte von den Ressorts vorbereitet und von einer Kommission unter Vorsitz des Chefs der Staatskanzlei koordiniert.

III.

Das von diesem Hohen Haus verabschiedete Aktionsprogramm hat vier Investitionsschwerpunkte: Gesundheitswesen, Umweltschutz, Verkehr und Denkmalpflege.

Gestatten Sie mir, die Umsetzung des Aktionsprogramms in diesen Schwerpunkten konkreter darzustellen:

1.

Zum Gesundheitswesen: In diesem Sektor ist unsere Hilfe um der Menschen willen am dringlichsten.

Wer die heutige Ausstattung des Gesundheitssystems in der DDR einmal selbst gesehen hat, der weiß, daß gerade in diesem Bereich Hilfe dringend nötig ist. Selbst Kleinigkeiten fehlen. Deshalb hat die Landesregierung hier einen besonderen Schwerpunkt gesetzt.

Die Fördermaßnahmen für das Gesundheitswesen werden schwerpunktmäßig innerhalb von drei Jahren abgewickelt. 1990 werden wir von den veranschlagten 50 Millionen DM ca. die Hälfte für Maßnahmen im Gesundheitswesen zur Verfügung stellen. Insgesamt umfaßt dieser Bereich unseres Aktionsprogramms bis 1992 rd. 70 Mio. DM. Damit haben wir allein für den Bereich Gesundheitswesen ebenso viele Mittel vorgesehen wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zusammen für Projektförderungen aller Art.

Im Vordergrund steht eine möglichst flächendeckende Versorgung mit medizinischen Gütern, die dringend benötigt werden. Dabei handelt es sich vorrangig um Artikel, die in der DDR nicht hergestellt werden.

Die Empfänger von medizinischem Gerät werden einvernehmlich festgelegt. Sie sollen sowohl Trägern kommunaler, staatlicher und universitärer Krankenhäuser als auch kirchlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Für die Krankenversorgung haben wir bisher schon 498.000,- DM aufgewendet. Davon wurde an das Bezirkskrankenhaus in Suhl ein fahrbares Röntgengerät mit Fernsehkette im Wert von 223.000,- DM geliefert.

Auf die Lieferung von medizinischen Gütern und die Übergabe eines Ultraschallgerätes in Eisenach in einer Gesamthöhe von 256.000,- DM habe ich bereits hingewiesen. Finanzminister Kanther hat in Suhl medizinisches Material im Gesamtwert von 16.000,- DM und ein Ultraschallgerät im Wert von 80.000,- DM übergeben.

Darüber hinaus haben wir feste Zusagen in Höhe von 6,2 Mio. DM gegeben:

- für weitere 57 Ultraschallgeräte im Wert von ca. 3 Mio. DM,
- für weitere 16 Röntgenbildverstärker im Wert von 3,2 Mio. DM,
- für 100 Arztkoffer im Wert von 80.000,- DM,
- für vier regenerierte Dialysegeräte im Wert von 10.000,- DM.

Die Lieferung dieser medizinischen Geräte erfolgt in den nächsten Wochen.

Mit unserem Aktionsprogramm wollen wir vor allem erreichen, daß die medizinischen Einrichtungen in Thüringen mit dem Notwendigsten ausgestattet sind:

- Für sogenannte Einmalartikel, also vor allem Verbandsmaterial, Spritzen und Zahnarztbedarf, werden durch unser Aktionsprogramm 16,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt.
- Wir werden weitere Spezialgeräte wie z.B. Ultraschall, Röntgenbildverstärker, Endoskopie- und Sterilisationsgeräte, OP-Tische, Beatmungs-, Infusions- und Dialysegeräte und anderes anschaffen.
- Für 35 Pkw im mobilen Pflegedienst werden wir 600.000,-- DM ausgeben.
- Für die Anschaffung von Fahrzeuge zum Transport von Behinderten stehen 2,3 Mio. DM zur Verfügung.
- Partnerschaften zwischen Ärzten sowie zwischen Einrichtungen der Krankenversorgung in Hessen und Thüringen unterstützen wir mit 2,8 Mio. DM.

Ein wesentlicher Teil unserer Unterstützung gilt der ambulanten Versorgung und der Behindertenhilfe durch kirchliche Träger. In diesem Bereich arbeiten wir eng mit dem Diakonischen Amt Eisenach und der Caritas Erfurt zusammen. Für diese Zwecke stehen insgesamt 9,63 Mio. DM bereit.

Ich möchte an dieser Stelle vor allem den Firmen danken, die uns bei der Beschaffung von Materialien, Geräten und Fahrzeugen, vor allem bei der Preisgestaltung, sehr entgegengekommen sind.

Ich danke auch den Firmen, die sich bereiterklärt haben, gebrauchtes medizin-technisches Gerät aufzuarbeiten und zu warten.

(Anrede)

2.

In den Bereichen Umweltschutz, Verkehr und Denkmalpflege ist es zunächst nötig, genau zu ermitteln, wo die Hilfe am besten eingesetzt werden kann.

Angesichts der katastrophalen Umweltsituation in der DDR konzentrieren wir uns auf Schwerpunkte.

Deswegen ist es vordringlich, zunächst eine genaue Analyse zu erarbeiten. Der Hessische Umweltminister stellt deshalb in einem ersten Schritt vor allem Meßgeräte zur Verfügung. Erst danach wird es möglich sein, Projekte auszuwählen und konkrete Schritte einzuleiten.

Als ein Schwerpunkt zeichnet sich aber schon jetzt ab, daß die Sanierung von Abwasserbeseitigungsanlagen besonders dringlich ist.

Es ist besonders erfreulich, daß die politischen Veränderungen der letzten Monate nun auch eine Lösung des Problems der Werra-Versalzung ermöglichen. Nachdem über zehn Jahre hinweg die Verhandlungen mit der DDR keine Fortschritte brachten, hat der Hessische Umweltminister Karlheinz Weimar in Zusammenarbeit mit der Kali und Salz AG einen wichtigen Vorschlag unterbreitet, um Werra und Weser zu retten. Er sieht vor allem eine möglichst weitgehende Einstellung des abwasserintensiven Waschverfahrens in den Kalibetrieben der DDR vor sowie eine enge Koproduktionspartnerschaft zwischen Kali und Salz und den Betrieben in Thüringen.

(Anrede)

3.

Ein weiterer wichtiger Teil unseres Aktionsprogramms ist die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Schon kurz nach der Öffnung neuer Grenzübergänge hat die Landesregierung aus Haushaltsmitteln 3,7 Mio. DM auf thüringischer und eine Million DM auf hessischer Seite aufgewandt, um jahrzehntelang unterbrochene Straßen wieder miteinander zu verbinden. In diesem und im nächsten Jahr werden wir für den Ausbau von Grenzübergängen insgesamt 17,5 Mio. DM auf thüringischer und noch einmal 9,6 Mio. DM auf hessischer Seite aufwenden.

Für weitere dringende Straßenbauprojekte in Thüringen sowie für die Bereitstellung von Geräten und Fahrzeugen für den Straßendienst stehen 9,3 Mio. DM zur Verfügung. Von der hessischen Straßenbauverwaltung wurden bisher gebrauchte Lastwagen und Maschinen im Wert von rund 57.000,-- DM zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus finden Gespräche über den Ausbau eines grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs statt. Für grenzüberschreitende Buslinien wurden schon bisher 300.000,-- DM aufgewandt, im laufenden Jahr sind noch einmal 1 Mio. DM vorgesehen.

4.

Mit den Runden Tischen in Thüringen wird abgestimmt, in welcher Weise Hessen bei Sanierungsmaßnahmen historischer Bauten in thüringischen Städten und Dörfern helfen kann. Zu diesem Zweck haben auch Gespräche zwischen Staatsminister Dr. Gerhardt, dem hessischen Landeskonservator, Professor Dr. Kiesow, und staatlichen Konservatoren in der DDR stattgefunden.

Dabei wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß der Schwerpunkt auf die Sanierung und Sicherung historischer Bausubstanz für Wohnzwecke gelegt werden soll. Mit Projekten in Erfurt (Andreas-Viertel) und Großburschla wird kurzfristig begonnen, sobald der Runde Tisch seine Zustimmung gegeben hat. Vorhaben in Eisenach, Mühlhausen und Schmalkalden sollen folgen.

In den nächsten fünf Jahren werden für Vorhaben der Denkmalpflege pro Jahr zwischen drei und fünf Millionen DM bereitstehen, und zwar vorrangig für die Lieferung notwendiger Baumaterialien und Baugeräte.

Darüber hinaus wurde eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Pflege und des Erhalts von Kulturdenkmälern vereinbart.

(Anrede)

IV.

Die Gespräche und Erfahrungen bei der Umsetzung des Aktionsprogramms haben gezeigt, daß das Programm ergänzt werden sollte, um die Mittel noch wirkungsvoller zu verwenden. Deswegen hat Ihnen die Landesregierung vorgeschlagen, den Haushaltsplan entsprechend zu ändern.

In den letzten Wochen haben mich hunderte von Briefen erreicht, in denen mich Handwerker, Kleinunternehmer und Bürger, die sich jetzt eine selbständige Existenz aufbauen wollen, um Unterstützung gebeten haben. Angesichts dieser Flut von Hilfersuchen und angesichts der sehr labilen ökonomischen Lage in der DDR hält es die Landesregierung für notwendig, kleinen Gewerbe- und Handwerksbetrieben sofort spürbare Hilfestellung zu geben. Innerhalb des Aktionsprogramms wollen wir ein "Förderprogramm des Landes Hessen für private Kleinunternehmen in Thüringen" mit zehn Mio. DM auflegen. Auch damit möchten wir den Menschen wieder eine Perspektive in Thüringen geben.

Wir wollen damit selbständigen privaten Kleinunternehmen und Existenzgründern im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe in Thüringen helfen.

Das Programm sieht unter anderem vor:

- Finanzierungshilfen zur Anschaffung von neuen oder gebrauchten Investitionsgütern und in Einzelfällen auch Materialeinkäufe.
- Das Land stellt deshalb Hilfen in D-Mark zur Verfügung, die von den Unternehmen zu einem festen Umrechnungskurs in DDR-Mark getilgt werden können.
- Pro Antragsteller kann eine Gesamtsumme von bis zu 20.000,-- DM gewährt werden.

Wenn der Landtag diesem Programm morgen zustimmt, können wir bereits übermorgen Bewilligungen erteilen.

Die Landesregierung hat das Verfahren bereits mit dem Rechnungshof abgestimmt. Dafür bin ich dem Wirtschaftsminister dankbar.

Wir wollen dabei nicht die bisherige durch eine neue Subventionspolitik ersetzen. Wir wollen vielmehr dazu beitragen, daß sich die Kräfte des Marktes entfalten können.

Am finanziellen Volumen des Aktionsprogramms ändert sich durch diese Ergänzung nichts. Es wird vielmehr ein weiterer Förderungszweck hinzugefügt.

Außerdem beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe der HLT mit konzeptionellen Überlegungen für mittel- und langfristige Entwicklungen. Es werden insbesondere grenzübergreifende Untersuchungen der Wirtschafts- und Verkehrsregion im grenznahen Bereich erstellt, die bis spätestens Ende des Jahres vorliegen sollen.

(Anrede)

Um unsere Unterstützungsmaßnahmen für und in Thüringen besser zu koordinieren und um den Dialog mit unseren thüringischen Gesprächspartnern zu vereinfachen, hat die Landesregierung sich entschlossen, ein Informationsbüro in Thüringen als direkte Anlaufstelle einzurichten. Dieses Büro soll Kontakte zwischen Wirtschaftspartnern, zwischen politischen Gruppen sowie zwischen gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen und Vereinen vermitteln. Das Büro wird entscheidend dazu beitragen, die Umsetzung des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen sachgerecht durchzuführen.

Ich bin dankbar für die zahlreichen Initiativen zur Hilfe und Unterstützung unserer Landsleute in Thüringen. Auf allen Gebieten und überall in Hessen haben sich Menschen zusammengefunden, um mit Phantasie, Fleiß und gutem Willen in beispielhafter Weise zu helfen. Dafür sage ich ihnen Dank.

Dank sage ich auch den Gemeinden, Städten und Landkreisen in Hessen, die im Rahmen kommunaler Partnerschaften vor Ort in Thüringen mit Fahrzeugen, Ausstattungen und Dienstleistungen helfen.

(Anrede)

Ich halte es für unsere selbstverständliche Pflicht, zu helfen.

Unser Aktionsprogramm ist beispiellos. Es ist erfolgreich angelaufen und leistet unmittelbare Hilfe für die Menschen in Thüringen. Es leistet einen Beitrag auf dem Weg zur deutschen Einheit. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir damit nicht alle Probleme in Thüringen lösen können. Wir wollen jetzt humanitär helfen, Initialzündungen geben und die Menschen ermutigen.

Zeigen wir, daß wir bei allem Streit in der Sache dennoch in der Lage sind, unsere nationale Solidaritätspflicht zu erfüllen.

(Anrede)

Die Landesregierung hat Ihnen vorgeschlagen, die Zweckbestimmung des "Aktionsprogramms Hessen-Thüringen" entsprechend zu ergänzen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Entwurf zum Nachtragshaushalt zuzustimmen.